

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Östlich-Deutscher)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin K.O., Greifswalderstraße 221/222.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 78.

Berlin, Sonnabend, 27. September 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zum Verbot des Streikpostenstehens. — Ein Wort für die Diskutierclubs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Zum Verbot des Streikpostenstehens.

Zu den mächtigsten Gegnern der Arbeiterrechte und vor allem der Arbeiterorganisationen gehören unsere Agrarier. Wo es sich darum handelte, den Einfluß der gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen zu schwächen, da haben sie noch stets freudig ihre Hand dazu geboten. Sie sind die zuverlässigsten Stützen der „großindustriellen Scharfmacher“. Vielleicht ist die Triebfeder für dieses Verhalten die Angst, daß einmal den landwirtschaftlichen Arbeitern ebenfalls die geringen Rechte zugestanden werden könnten, welche die gewerblichen Arbeiter heute besitzen. Das arbeiterfeindliche Treiben der Agrarier ist umso verurteilenswerter, als sie es sind, die die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung durch ihre Wucherpolitik verteuern, indem die Arbeiter durch ihre Organisationen einen Ausgleich zu schaffen suchen müssen.

Das Verbot des Streikpostenstehens ist seit Monaten der Kernpunkt der scharfmacherischen Forderungen. Trotz des Mißerfolges im Reichstage, wo ein diesbezüglicher konservativer Antrag mit geradezu erdrückender Mehrheit abgelehnt worden ist, wird mit anerkannter Würdigung immer und immer wieder die Regierung aufgefordert, den Arbeitern das Recht des Streikpostenstehens zu nehmen. Die Regierung, die sich wohl bewußt ist, daß dieser Reichstag für eine solche Einschränkung der Arbeiterrechte auf keinen Fall zu haben ist, hat im Januar d. J. durch den Staatssekretär Dr. Delbrück auf die Schwere der Dinge hingewiesen, die allein in dem Begriff des Streikpostenstehens liegen. Um ihr diesen Vorwand zu nehmen, hat sich nun ein Jurist auf die Hosen gesetzt und eine wahrhaft „erschöpfende“ Erklärung des strikten Begriffs gelehrt und gefunden. Seine Weisheit ist als Leitartikel in Nr. 447 der „Deutschen Tageszeitung“, des Organs des Bundes der Landwirte, der stammenden Mittwelt verknüpft worden, und man muß sagen, daß der gute Mann, getreu dem Wahlspruch seines Führers Seydebrand „auf's Ganze geht“. Was die Arbeiter, die doch eigentlich etwas von der Sache verstehen müßten, als Streikpostenstehen bezeichnen, ist danach nur ein winziger Teil des Begriffs. Doch hören wir den Mann selber:

„Der Zweck des Streikpostenstehens besteht darin, arbeitswillige Leute zur Teilnahme an dem ausgebrochenen Streik zu bewegen bzw. ihnen von der Tatsache des Streiks Mitteilung zu machen. Dies letztere wird besonders in den Fällen nötig sein, in denen die Arbeitgeber zum Erlasse der streikenden Arbeiter neue Arbeitskräfte von auswärtig bezuziehen. Die Tätigkeit der Streikpostenstehenden kann auch darin bestehen, daß sie Arbeiter, die eine Zeitlang gestreikt haben, plötzlich aber „umfallen“, d. h. die Arbeit wieder aufnehmen wollen, zum Ausbahren und zur Standhaftigkeit ermutigen.“

Die Streikpostenstehenden sind nicht an einen unbestimmten Personenkreis, sondern an die einen bestimmten Gewerbe angehörigen Arbeitswilligen, häufig sogar nur an die Arbeitswilligen einer einzelnen Arbeitsstätte. Das folgt mit Notwendigkeit schon aus dem Begriffe des Streiks. Es bedarf also dieses Begriffsmerkmal keines besonderen Beweises. Hierdurch unterscheiden sich die Streikpostenstehenden von den zur Durchführung eines Boykotts aufgestellten Posten, den sog. Boykottposten.

Sein notwendiges Begriffsmerkmal des Streikpostenstehens ist, daß es an einem öffentlichen Plage angeht. Streikpostenstehen liegt viel mehr z. B. auch dann vor, wenn die betreffende Person sich an das Fenster eines der Arbeitsstelle gegenüberliegenden

Gaulesetzt und von dort aus auf die Arbeitswilligen einzuwirken sucht. Regelrecht werden die Streikposten auf dem Wege zur Arbeitsstätte tätig sein, meistens sogar in unmittelbarer Nähe ihres Zuges. Dies erklärt sich aus dem praktischen Gesichtspunkte, daß sie dort die Arbeitswilligen am leichtesten erkennen und kaum verfehlen können. Es ist dies jedoch meines Erachtens zum Begriff des Streikpostenstehens nicht unerlässlich nötig. Die Streikposten können — wenn sie einzelne Arbeitswillige verfehlen können — auch durch Auffuchen in oder vor ihrer Wohnung Streikpostenstehende verfehlen.

Die Tätigkeit des Streikpostenstehens besteht, allgemein gesprochen, in einer Beeinflussung, in einer Einwirkung auf die Arbeitswilligen im Sinne einer Arbeitseinstellung. Das ist das Grundelement des Streikpostenstehens. Erforderlich ist eine unmittelbare oder mittelbare Einwirkung auf den Arbeitswilligen seitens des Streikpostenstehenden, sei es durch bloße Beobachtung, sei es durch mündliche oder tätliche Handlung. Auch das Lieberreichen einer Druckschrift, in der den Arbeitswilligen für weitere „Streikbrecherarbeit“ schwere Nachteile, beispielsweise Boykottklärung beim Kaufmann, angedroht werden, muß für genügend erachtet werden. Schwere Fälle des Streikpostenstehens sind bereits in § 153 der Gewerbeordnung enthalten.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Streikpostenstehen liegt vor, wenn jemand als Mitglied oder doch im Interesse einer Organisation zum Zwecke der Aufrechterhaltung oder Durchführung eines Streiks Arbeitswillige eines bestimmten Gewerbes durch unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung im Sinne einer Arbeitseinstellung zum Streik veranlassen will.

Hiermit ist meines Erachtens ein brauchbarer Begriff des Streikpostenstehens gegeben. Vom Standpunkte des Juristen war es logisch, diejenigen Personen nicht mehr als Streikpostenstehende im technischen Sinne zu kennzeichnen, die ohne Zusammenhang mit der in der obigen Paragrafen für erforderlich erachteten Organisation tätig geworden sind. Folgerichtig war dies, da der Begriff des Streiks dieses Tatbestandsmerkmal notwendig macht.

Also nicht allein das Sprechen mit Arbeitswilligen in der Nähe der Arbeitsstätte heißt Streikpostenstehen, sondern auch wenn jemand aus dem benachbarten Hause die Arbeitswilligen beobachtet, oder wenn er sie in ihrer Wohnung aufsucht und sie zur Teilnahme am Streik bewegen will, oder wenn er ihnen, ohne überhaupt ein Wort zu sagen, ein Flugblatt oder etwas ähnliches in die Hand gibt, so soll das Streikpostenstehen sein, das, wenn es im Interesse einer Organisation geschieht, verboten werden soll. Dabei wird der Begriff der Organisation auch noch recht weit gefaßt. Man muß sagen, der Jurist der „Deutschen Tageszeitung“ liebt ganze Arbeit. Deshalb fällt ihm glücklicherweise zum Schluß auch noch ein, daß man noch etwas weiter gehen könnte. Und so fügt er noch hinzu:

„Eine andere Frage ist es, ob man sich bei Einführung des gesetzlichen Verbots des Streikpostenstehens mit dem oben kurz formulierten engen Begriff begnügen soll und kann.“

Diese Frage ist zu verneinen! Will man ein in der Praxis wirksames Verbot der Beeinflussung Arbeitswilliger einführen, so muß man auch die Streikpostenstehenden im weiteren Sinne einbeziehen, also auch die Posten, die ohne Zusammenhang mit der Organisation tätig geworden sind. Dies ist schon ein Gebot der Vernunft, da anderenfalls eine Ueberführung der Streikposten häufig unmöglich sein würde. Sie würden sich stets mit der schwer zu widerlegenden Behauptung verteidigen, sie handelten völlig auf eigene Faust ohne Rücksicht auf eine Organisation.“

Zürwür, ein ganzer Mehl! Durch seine brutale Offenherzigkeit beweist er, daß er im Grunde seines Herzens wie ein edler Agrarier denkt und fühlt. Und doch zieht er nicht die letzten Konsequenzen. Wenn er alle diese Dinge, die er als Streikpostenstehen auffaßt, verboten wissen

will, dann hätte er nur noch einen Schritt weitergehen und fordern sollen, daß das Streikposten überhaupt und die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation ebenfalls verboten wird. Dann wäre man mit einem Schlage die Organisationen los; sie lägen zerschmettert am Boden. Der Mann verdiente für seine geniale Idee eigentlich schon bei Lebzeiten ausgehauen zu werden, natürlich in Stein oder Erz; die Herren Scharfmacher könnten es sich ja leisten. Freilich mit der Verwirklichung des Planes wird er einstweilen kein Glück haben. Im Reichstage wird der agrarische Jurist kein Verständnis und keine Gegenliebe finden. Immerhin aber ist es bezeichnend, welche Blüten der blinde Haß gegen die organisierte Arbeiterkraft zeitigt, und wie standhaft und zäh man im Scharfmacherlager an Forderungen festhält, deren Erfüllung man nicht erhoffen kann. Den deutlichen Arbeitern müssen solche Absichten eine Mahnung sein, energisch für die Stärkung ihrer Organisation zu wirken. Je größer die Organisationen sind, umso größer ist auch ihre Macht und umso leichter können derartige Angriffe zurückgeschlagen werden.

Ein Wort für die Diskutierclubs.

Es ist kein Zufall, daß die Tagesordnungen der letzten Verbandstage mehrfach Anträge enthielten, die sich auf die Diskutierclubs bezogen und deren Einrichtung bzw. Förderung im Auge hatten. Auch auf dem zu Ringen in Berlin stattgehabten Verbandstage wurde die Frage der Diskutierclubs erörtert mit dem Ergebnis, daß ein Antrag Gleichauf angenommen wurde, der den Ortsverbänden die Errichtung und Durchführung von Diskutierclubs empfahl.

Zurückzuführen sind diese Bestrebungen zweifellos auf das Bedürfnis nach Wissen und Aufklärung, das sich in immer steigendem Maße in den Reihen der Arbeiterklasse bemerkbar macht. Und wenn gerade in den Deutschen Gewerksvereinen dieses Streben mit besonderer Stärke hervortritt, so entspricht dies nur den Grundanschauungen, auf denen unsere Organisation aufgebaut ist. Die Gebung der Arbeiterklasse in geistiger Hinsicht ist nicht das letzte Ziel der Deutschen Gewerksvereine. So hat es uns Dr. Marx Sirsch gelehrt, und danach wird auch heute noch gehandelt. Da es ferner die Aufgabe unserer Mitglieder ist, sich auch außerhalb der Organisation überall im öffentlichen Leben zu betätigen und dadurch zur Förderung des Ansehens unserer Organisation beizutragen, so ist es selbstverständlich, daß sie auch zu diesem Zwecke darauf bedacht sein müssen, sich gründliche Kenntnisse anzueignen, um draußen auch ein in die Wagschale fallendes Wort mitreden zu können. Denn mit hohlen Phrasen kann man nicht für eine Idee wirken; nur wirkliches Wissen ermöglicht einen erfolgreichen Kampf für die Ideale, die uns vorziehen.

Was zunächst die Vertretung unserer Anschauungen in der Öffentlichkeit anbetrifft, so ist es eine unerlässliche Vorbedingung, daß derjenige, der für die Ausbreitung unserer Organisation wirken will, genau mit ihrem Wesen, mit ihrem Aufbau und mit ihrer Geschichte vertraut ist. Wer aber die Geschichte der Deutschen Gewerksvereine studiert, der kommt von selbst in das Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt hinein, der muß auch die verschiedenen Richtungen der Arbeiterorganisationen kennen lernen und in ihr Wesen einzudringen sich bemühen. Nur dann kann der Kampf gründlich geführt werden. Älter aber als die deutsche Arbeiterbewegung ist z. B. die englische. Sie hat unjerm Begründer gewisser-

maken als Vorbild gebietet. Was liegt da näher, als daß man sich auch in das Studium der englischen Arbeiterbewegung vertiefen muß, und daß man mehr und mehr auch der Arbeiterbewegung in andern Kulturländern seine Beachtung schenkt. Ein Kollege, der gründlich auf diesem Gebiete weisend ist, ist zu jedem Kampfe gewandter; er wird sich nicht scheuen, mit dem Gegner die Klinge zu kreuzen. Denn die genaue Kenntnis der Arbeiterbewegung muß ihm die Ueberzeugung beibringen, daß unsere Deutschen Gewerksvereine — das dürfen wir ohne Ueberhebung sagen — bahnbrechend für die deutsche Arbeiterbewegung überhaupt gewesen sind, weil sie es verstanden haben, sich frei von allem kirchlichen und politischen Beirrat zu halten. Ein solcher Kollege wird aber nicht nur in der Öffentlichkeit wirkungsvoll für die Gewerksvereine eintreten können; auch in der Werkstatt werden ihn die gewöhnlich in der Leberjahrl befindlichen Gegner nicht nur in Ruhe lassen, sondern ihm Keiweft entgegenbringen. Auch dadurch wird das Ansehen unierer Organisation gehoben und die Werbung von Mitgliedern erleichtert.

Diese Art der Aufklärung ist die wichtigste Aufgabe der Diskutierklubs. Aber noch manches andere kommt hinzu. Die sozialen Gesetze, insbesondere die Arbeiterversicherungsgefetze, sind selbst in Arbeiterkreisen bei weitem nicht so bekannt, wie man annehmen sollte. Namentlich die Umgestaltung der Versicherungsgefetzgebung erfordert noch viel Aufklärung. Man bedenke ferner, wie vielseitig der gewerbliche Arbeitsvertrag ist. Die von uns geforderte Reform des Arbeitsrechts läßt sich nicht über Nacht durchführen. Auch über diese wichtige Frage soll der Diskutierklub Belehrung verbreiten. Er soll insbesondere seine Mitglieder mit den gesetzlichen Vorschriften vertraut machen und sie damit befähigen, ihre Arbeitskollegen über ihre Rechte und Pflichten zu informieren. Wirtschaftspolitische Fragen stehen ebenfalls ununterbrochen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Auch darüber müssen die Kollegen unterrichtet sein, die für eine Sache wirken wollen.

Alle diese Gegenstände müssen den Stoff der Erörterungen in den Diskutierklubs bilden. Das richtige Verständnis dafür aber wird erst erzielt, wenn die Grundlagen der Volkswirtschaft vorhanden sind. Durch Einzelvorträge und Vortragsreisen kann diesem Bedürfnis ebenfalls Rechnung getragen werden. Sehr wichtig ist es auch, wenn die parlamentarischen Verhandlungen, soweit sie sozialpolitischer Natur sind oder doch speziell Arbeiterverhältnisse betreffen, eingehend vom Standpunkte unierer Organisation besprochen werden. Auf diese Weise wird nicht allein den Mitgliedern der Diskutierklubs selbst eine gründliche Belehrung zuteil, sondern sie erhalten auch eine reiche Fülle von Material, das sie zu Vorträgen in ihren Ortsvereinen verwenden können, deren Sitzungen dadurch interessanter und von den Mitgliedern besser besucht werden. Schreiber dieser Zeilen spricht aus eigener Erfahrung, wenn er sagt, daß gerade von den Schülern des Diskutierklubs gehaltene Vorträge besonderen Anklang bei den Kollegen finden, sobald der betreffende Redner wirklich Gediegenes bringt und seine Darlegungen auch in eine einigermaßen geschickte Form zu kleiden weiß. Die Befürchtung, daß der Satz: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande“, sich geltend machen könnte, hat sich bisher noch stets als irrig erwiesen.

Man ist an sich der Besiz eines gründlichen Wissens sicherlich von hohem Werte. Für die Organisation aber ist die Hauptsache, daß ein solches Wissen auch in ihrem Interesse verwendet werden kann. Diejenigen, die Gelegenheit haben, sich Kenntnisse anzueignen, die müssen vor allen Dingen auch die Fähigkeit besitzen, ihre Gedanken in Worte zu kleiden und von ihrem Wissen andern etwas zu übertragen. Auch nach dieser Richtung bildet der Diskutierklub die beste Schule. Dadurch, daß die Kollegen hier im kleineren Kreise vereinigt sind, sich genau kennen lernen und dabei sehen, daß jeder einzelne Liden in seinem Wissen hat, die er ausfüllen möchte, vor allen Dingen aber dadurch, daß alle befeht sind von dem gleichen Willen zu lernen, und zwar zu lernen nicht nur für sich, sondern im Interesse einer guten Sache, dadurch gewinnen auch zaghafte Menschen es leichter über sich, einmal das Wort zu ergreifen und ihre Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Es gibt sehr viele Arbeiter, in denen die Fähigkeit zum Reden schlummert, die aber noch niemals den Versuch gemacht haben, ihre Redefunst zu betätigen. Schon manchem von diesen ist im Diskutierklub sozusagen die Zunge gelöst worden. Viele Kollegen, die vorher nicht den Mut besaßen, auch nur in ihrem Ortsverein das Wort zu nehmen und ihre Meinung zu sagen, sind jetzt draußen im Lande als

rührige und erfolgreiche Vorkämpfer für unsere Sache tätig. Das sind Beweistungen, für die wir jederzeit den Beweis der Wahrheit antreten können. Und ebenso haben Leute, die, wie man so sagt, eine schwere Zunge haben, doch schon im Diskutierklub durch Übung es erreicht, daß sie in ihren Ortsvereinen nicht nur, sondern auch in öffentlichen Versammlungen mit Erfolg gesprochen haben. Es kommt eben nur darauf an, daß solche Kollegen überhaupt einmal zum Sprechen bewogen werden. Der Anfang ist das schwerste. Ist der Versuch einmal gemacht, dann wundert man sich oft, wie leicht es geht.

Ein einfaches Mittel, um jeden einmal zum Reden zu zwingen, ist die im Diskutierklub zu Berlin beispielsweise geübte Praxis, daß jedesmal ein anderer Vorkämpfer die Versammlung leitet. Dadurch kommt jedes Mitglied von Zeit zu Zeit in die Lage, sprechen zu müssen, abgesehen davon, daß auch die Bestimmungen der Geschäftsordnung dem Einzelnen leichter zugänglich gemacht werden. Auch diese Vorteile soll man nicht unterschätzen, schon mit Rücksicht darauf, daß es oft schwierig ist, einen ordentlichen Auschluß zusammen zu bekommen. Ein anderes Mittel, Schweißigame zum Sprechen zu bewegen, besteht darin, daß ein geschickter Klubleiter direkt Fragen an sie richtet, auf die sie wohl oder übel antworten müssen. Sehr zweckmäßig ist es auch, wenn hin und wieder kurze Referate verteilt oder die Mitglieder aufgefordert werden, über ein selbstgewähltes Thema einen kurzen Vortrag zu halten. Dit kommt es natürlich vor, daß sich niemand freiwillig dazu meldet, dann wird eben ein gelinder Zwang ausgeübt und der Betreffende aufgefordert, über ein bestimmtes Thema zu reden. Hat aber erit jemand auf diese Weise erfahren, daß er keine Fähigkeiten unter-schickt hat, so wird er auch häufiger Gelegenheit nehmen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Eine Schwierigkeit allerdings bietet an vielen Orten die Gründung der Diskutierklubs. Es kommt nämlich darauf an, daß ein geschickter Klubleiter gefunden wird, zu dem die Kollegen Vertrauen haben und dessen Anweisungen sie gern Folge leisten. Wo ein Beamter seinen Sitz hat, da ist die Schwierigkeit nur halb so groß; ungünstiger liegen die Verhältnisse an mittleren oder gar an kleinen Orten. Hier wird es häufig schon schwer halten, auch nur geeignete Vortragende zu bekommen. Indessen, wenn die Kollegen sich mit Eifer an die Sache machen, so werden sie sich selbst kleine Referate aus den Gewerksvereinsorganen ausarbeiten und diese in den Stubbinngen zur Diskussion stellen. Es wird auch in den sogenannten gebildeten Kreisen, unter den Lehrern, Ärzten, Rechtsanwältin, Leute geben, die ihr Wissen gern in den Dienst unierer guten Sache stellen und hin und wieder einen belebenden Vortrag halten. An vielen Orten hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Außerdem aber sei auch noch auf die reichhaltige Literatur der Gewerksvereine hingewiesen, die eine Fülle von interessantem Diskussionsstoff bietet.

Es ist uns wohl bekannt, daß an manchen Orten schon Verjude mit Diskutierklubs gemacht worden sind, daß man aber die Sache wieder aufgegeben hat, weil es an der nötigen Beteiligung fehlte. Das darf uns aber nicht hindern, immer von neuem wieder zu versuchen, eine Anzahl lernbegieriger Kollegen zusammenzubringen. Selbst wenn ihre Zahl noch so klein ist, so kann damit für die Verbreitung unierer Ideen ungeniein viel getan werden. Diefem Zwecke sollen diese Ausführenden dienen, die den Wert und die Bedeutung der Diskutierklubs keineswegs erschöpfend erörtert haben. Noch so manches ließe sich darüber schreiben. Wir wollen aber hoffen, daß auch diese im knappsten Rahmen gehaltenen Darlegungen den Kollegen hier und dort eine Mahnung sind, sich die Gründung eines Diskutierklubs anlegen zu lassen, und daß sie gleichzeitig auch die Fingerzeige geben, wie die Geschichte an zweckmäßigsten angefangen werden kann. Die Zeit ist günstig. Der Winter bringt ein regeres Vereinsleben mit sich, die Menschen fühlen sich wohl in den engen Räumen als draußen in der Natur. Wo man überzeugt ist, daß wir durch Diskutierklubs und ähnliche Einrichtungen neue Vorkämpfer für unsere Bewegung heranzubilden können, da möge man jetzt den Versuch machen. Auch der kleinste Erfolg bietet reichen Lohn für die aufgewandte Mühe.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. September 1913.

Zum Kriegsjahre gehört Geld. Auch die wirtschaftlichen Kämpfe fordern große Opfer. Es muß deshalb Aufgabe aller denkenden Arbeiter sein, ihren Organisationen möglichst viel Mittel

zuzuführen, damit sie im Ernstfalle auch gerüstet sind. Die schon jetzt sich zeigende Arbeitslosigkeit ist besonders in der Vorboten schwerer Zeiten. Die günstige Geschäftskonjunktur geht ihrem Ende entgegen, und mit zunehmender Gewisheit darf gesagt werden, daß im kommenden Winter die Arbeitsgelegenheit noch schlechter sein wird als schon jetzt. Es ist dies die Zeit, da die Unternehmer versuchen, den Arbeitern die während der Konjunktur gebotenen Vorteile wieder rückgängig zu machen. Das können sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, schon mit Rücksicht auf die teuren Lebensverhältnisse. Sie werden sich also dagegen wehren und werden auch, wenn sie in der schlechten Zeit nichts ausrichten können, zu günstigerer Stunde das nach-zuholen suchen. Selbst beim besten Willen, Frieden zu halten, werden Kämpfe nicht erspart bleiben.

Da heißt es schon jetzt Vorjorge treffen. Bei aller Opferwilligkeit kann es vorkommen, daß dieser oder jener Gewerksverein seine letzten Mittel aufbraucht, und wenn er nicht nutzlos einen Kampf aufgeben will, die Hilfe des Verbandes in Anspruch nehmen muß. Früher hat man in solchen Fall auch zu dem Mittel der Sammelkisten gegriffen. Das sind Zustände, die nicht wünschenswert sind und denen abgeholfen werden muß. Der letzte Verbandstag hat nach dieser Richtung eine Anregung gegeben, und dieser Anregung folgend, hat der Zentralrat beschloffen, alljährlich eine Kampffonds-marke herzustellen zu lassen, die an die Mitglieder verkauft werden soll. Die erste Marke soll im Oktober abgesetzt werden; der Preis dafür beträgt 10 Pfg. Der Verkauf ist fakultativ, d. h. niemand soll gezwungen werden, eine solche Marke zu kaufen. Es wird aber erwartet, daß jeder Gewerksvereiner mindestens eine Marke kauft. Das kleine Opfer kann und muß gebracht werden. Andererseits aber sind manche Kollegen in der Lage, auch eine größere Anzahl von Marken zu erwerben. Hier ist eine Gelegenheit, ihnen Opfermut zu betätigen, die sich niemand entgehen lassen sollte.

Wir sind überzeugt, daß mit Rücksicht auf den Zweck eine recht stattliche Summe zusammenkommt, die im Notfalle im Interesse unierer Mitglieder Verwendung findet. Wer sich weigert, das von ihm verlangte kleine Opfer zu bringen, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er kein Verständnis hat für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, und daß er nicht denjenigen Opfermut besitzt, den man bei jedem überzeugungstreuen Gewerksvereiner voraussetzen muß. Also Kollegen und Kolleginnen, verfaßt nicht im Oktober, Euch die grüne Marke zu kaufen. Je mehr davon in Euer Quittungsbuch geklebt sind, umso ehrenvoller für Euch selbst!

Zwei wichtige Gewerksvereinstagungen finden Anfang nächsten Monats statt. Am 3. Oktober tritt in Breslau die Generalversammlung unieres Gewerksvereins der deutschen Eisenbahner zusammen, an der als Vertreter der Verbandsleitung der Verbandskassierer Kollege Klein-Berlin, teilnehmen wird. In Oberhausen (Hbld.) wird am Sonntag, den 12. Okt. die ordentliche 11. Generalversammlung des Gewerksvereins der Bergarbeiter eröffnet. Hier hat die Vertretung des Verbandes der Verbandsvorstehende Kollege Goldschmidt übernommen. U. a. wird auf dieser Tagung die Bergarbeiterbewegung der letzten Jahre einer eingehenden Besprechung unterzogen werden.

Wichtige Beratungsgegenstände werden auf beiden Generalversammlungen erörtert werden. Diejenigen, die dabei als Delegierte ein Wort mitzureden haben, werden sich sicherlich der hohen Verantwortung bewußt sein, die ihnen ihr Mandat auferlegt. Sie werden alle persönlichen Momente in den Hintergrund treten lassen und ihre Entscheidungen so zu treffen wissen, daß sie im Interesse ihres Gewerksvereins und der Gesamtorganisation liegen. Wir wünschen beiden Tagungen von ganzem Herzen einen guten Erfolg. Mögen sie dazu beitragen, die Gewerksvereine zu stärken und ihre Mitgliederzahl zu mehren und

damit auch das Ansehen der Gesamtorganisation in der deutschen Arbeiterbewegung und in der Öffentlichkeit zu fördern.

Ueberaus reichhaltiges Agitationsmaterial hat unser Gewerksverein der Schneider für die Winterarbeit bereitgestellt. Sein neuestes Flugblatt wendet sich an die Schneiderinnen und Putzmaschinen, für die mit dem 1. Oktober d. J. durch die Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises ganz neue Berufsverhältnisse geschaffen werden. Die betreffenden Arbeiterinnen werden ihren männlichen Kollegen geistlich vollständig gleichgestellt. Die Lehrenden müssen eine Vehrzeit von mindestens drei Jahren durchmachen, nachher eine Gefellensprüfung ablegen, und wenn sie Vehrlinge a. l. eiten wollen, sich einer Meisterprüfung unterziehen.

Die gleichen Berufsverhältnisse für Männer und Frauen machen es aber auch den letzteren zur Pflicht, mit den gleichen Mitteln für die materielle Sebung ihrer Lage einzutreten. Denn was hilft den Arbeiterinnen die bessere Ausbildung, wenn der künftige Erfolg ausbleibt? Deshalb müssen sich auch die Schneiderinnen und Putzmaschinen einer Organisation anschließen, wobei für sie in erster Linie unser Gewerksverein der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen in Betracht kommt. In dem Flugblatt, das im überzogenen Weise sich an die Frauen wendet, werden auch die Unternehmenseinrichtungen des Gewerksvereins anschaulich geschildert, und es ist unieres Erachtens weislich, daß bei weitgehender Verbreitung des Flugblattes der beabsichtigte Zweck voll erreicht und unserm Gewerksverein der Schneider eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder zugeführt werden kann. Daran müssen alle Verbandskollegen und -kolleginnen mitarbeiten. Der Hauptvorstand des Gewerksvereins der Schneider zu Berlin N. O. 55, Greifswaldstraße 221/23, stellt nicht nur dieses Flugblatt, sondern auch einige andere, die sich sowohl an die in der Konfektion wie in der Maßbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wenden, gern jedem zur Verfügung, der an der Verbreitung teilhaben will. Insbesondere werden unsere Ortsverbände aufgefordert, von diesen Anerbieten möglichst ausgiebigen Gebrauch zu machen, da es eine ihrer Hauptaufgaben ist, den Gewerksvereinen neue Mitglieder zuzuführen.

Arbeiterbewegung. In dem Streik der städtischen Schararbeiter zu Stektion ist eine Wendung eingetreten. Dem Magistrat ist es gelungen, aus anderen Städten, insbesondere aus Hamburg, mehrere Hundert Arbeitswillige anzuberufen, die ihre Tätigkeits bereits aufgenommen haben. Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung läßt sich noch nichts sagen. Jedenfalls wird in der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit zur Sprache gebracht werden. — Mit einem Erfolge für die beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter hat der Streik in der Rührberger Feinindustrie geendet. Zwanzig Wochen hat der Kampf gedauert, der jetzt durch Annahme eines Tarifvertrages zum Abschluß gelangt ist. Der Tarif läuft bis zum Februar 1917 und bringt den Arbeitern und Arbeiterinnen wesentliche Verbesserungen. Die wöchentliche Arbeitszeit ist auf 52 Stunden festgesetzt. Die Lohnverhältnisse sind gerechelt und aufgehoben, die Zuschläge für Ueberstunden um erhöht. An dem Kampfe waren etwa 1100 Arbeiterinnen und 700 Arbeiter beteiligt. — In Stralsburg i. G. und die Elektromonteur und Selter schon lange bemüht, einen Tarifvertrag abzuschließen. Da ein Teil der Unternehmer davon nichts wissen will, wurde beschlossen, bei all denjenigen Firmen, die gegen den Abschluß eines Tarifvertrages sind, die Arbeit niederzuliegen. 4 Firmen haben den Tarif anerkannt. — Die Ausberrung auf den Brennaborwerken in Brandenburg i. S. ist beendet, nachdem die eingeleiteten Einigungsverhandlungen den Arbeitern einen annehmbaren Tarif ergeben haben, der bis zum 31. Juli 1916 läuft. Benilligt wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 2 Stunden pro Woche, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pfa., für die in der Härtereibeschäftigten Arbeiter um 4 Pfa. und für andere Zuständnisse. Zur Regelung von Lohnstreitigkeiten wird eine Schlichtungskommission eingesetzt. Am kommenden Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

In Dublin dauert der Kampf an. Das Glend unter den Streikenden ist so groß, daß die Hauptleitung des Gewerksvereins der Transportarbeiter beschlossen hat, ein Schiff mit Nahrungsmitteln dorthin zu entsenden. Wie es heißt, wird der Vorsitzende des britischen Handelsamts,

Aswith, der schon mehrfach sich als Friedensstifter in erühten Streitfällen bewährt hat, demnächst nach Dublin kommen, um zu verhandeln, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden. — Die Lokarbeiter in Manchester haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, alle Streikenden wieder einzustellen, die Lohnforderungen zu berücksichtigen und die Unorganisierten nicht weiter zu bevorzugen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat August hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ gegen den Vormonat in den meisten Gewerbezweigen wenig geändert, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres aber fast überall verbleibend.

Nach den Berichten von industriellen Firmen und Verbänden hat die ruhige Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt eine weitere kleine Abschwächung erlitten. In Ober- und Niederschlesien und auf dem Braunkohlenmarkt gestaltete sich der Beschäftigungsgang gut. Das gleiche gilt vom Eisenerzbergbau und von der elektrischen Industrie. Die Kohleenerzeugung, Stahlindustrie, Eisenwerke, Maschinenindustrie waren mäßig, aber genügend beschäftigt. Die chemische Industrie konnte ihren normalen Stand aufrechterhalten. Erhebliche Verflechtungen gegen den Vormonat erlitten die Holzindustrie, die Baumwollspinnereien und Webereien, die, wie das Baugewerbe, ungenügend beschäftigt waren.

Nach den Ausweisen der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen erfuhr der gewerbliche Arbeitsmarkt in dem letzten Monat eine geringe Belebung, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Beschäftigtenzahl bei den männlichen Personen um 5477, bei den weiblichen um 11064 gestiegen ist. Die Zuwachsbewegung, die gewöhnlich im Laufe des August eintreten pflegt, war aber im vorigen Jahre erheblich stärker. Die Steigerung der Mitgliederzahl entfiel mit Ausnahme der Betriebskrankenkassen, die einen Rückgang der weiblichen Mitglieder aufweisen, auf sämtliche Kostenarten (Orts-, Gemeinde-, Innungs- und andere Kassen, Betriebskrankenkassen). Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Beitrag vom 1. Januar 1913 = 100 setzt, bei den männlichen Geschlechtern gleich geblieben (103), bei den weiblichen hat er sich (von 99 auf 100) ein wenig verbessert.

Einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonate zeigen die Arbeitslosenziffern, die 48 Gewerksverbände mit 1978011 Personen für den Monat August berichteten. Von diesen Mitgliedern waren am Ende des Monats 28 v. S. gegen 29 v. S. im Vormonat arbeitslos. Gegenüber den Arbeitslosenziffern des August 1912 mit 17 v. S. und des Juli 1912 mit 18 v. S. zeigen die Verhältnisziffern der beiden letzten Monate eine ziemlich beträchtliche Erhöhung.

Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise standen im Berichtsmontat 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 173 Arbeitssuchende gegen 171 im Vormonat und 146 im August 1912 gegenüber. Bei den weiblichen Personen fiel die Zahl der Arbeitssuchenden von 103 im Vormonat auf 101 im Berichtsmontat, blieb aber mit dieser Ziffer hinter der des August 1912 (92 v. S.) erheblich zurück. Ein Nachlassen des Andranges auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt pflegt alljährlich im Laufe des August eintreten. In diesem Jahre ist es überaus gering und scheint, im Zusammenhang mit den Ziffern des Beschäftigungsgrades und der Arbeitslosigkeit für Ende August betrachtet, eine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes nicht oder in kaum nennenswerten Umfang zur Folge gehabt zu haben.

Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin und in der Provinz Brandenburg hat gegenüber dem Vormonate keine Verbesserung erfahren. Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg war im allgemeinen nicht ungenügend. Das Gleiche gilt vom Arbeitsmarkt in Weitalen und im Rheinland. In Hessen, Sassen-Rassau und Wälder gestaltete sich der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. In Bayern und Württemberg hat der auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt lassende Druck sich aber verstärkt als vermindert. In Baden trat eine leichte Besserung der allgemeinen Geschäftslage ein. In der Vermittlung landwirtschaftlicher und industrieller Wanderarbeiter ist gegenüber dem Vormonat ein Stillstand eingetreten.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen ausschließlich Bayerns betrug im August 1913: 175 700 512 Mk., das sind 2 345 593 Mk. mehr als im Vormonat und 1 904 588 Mk. mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahre bezifferte sich auf 3 Mk. oder 0,9 v. S. auf 1 Kilometer.

Zur reinen Warenverehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zur und nach der Berechnung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im August 1913 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 816,16 Mill. Mk. gegen 864,51 Mill. Mk. im August 1912, die Ausfuhr einen Wert von 771,40 Millionen Mk. gegen 747,13 Millionen Mk. im August 1912.

Gegner der genossenschaftlichen Selbsthilfe. In ihrer blinden Hebe gegen die Konsumvereine paßiert den „Mittelstandsrettern“ häufig das Maß, daß sie ihre Waffen gegen die eigenen genossenschaftlichen Bestrebungen richten. Das ist die logische Folge. So hatte der Reichsdeutsche Mittelstandsverband an den Reichstag eine Petition gerichtet, die für die Konsumvereinsbewegung neue Fesseln wünschte. In der Begründung dieser Eingabe werden die gewerblichen Genossenschaften und die Konsumgenossenschaften in einen direkten Gegensatz gebracht. Die gewerblichen Genossenschaften, so heißt es darin, seien zwar fein erwünschtes, aber immerhin doch ein berechtigtes Mittel der Selbsthilfe, die Konsumgenossenschaften dagegen hätten keinerlei Anspruch auf Berechtigung, weder vom wirtschaftlichen noch vom moralischen Standpunkte aus. Ihr Zweck, die Ware billiger zu erhalten, sei menschenfeindlich, weil damit das Ziel erstrebt werde, die Warenverehrung und die Produktion aus den Händen Selbständiger in die Hände Umlieferer zu legen. Darauf antwortet nun der Leiter des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften folgendes:

In dem offiziellen Organ der Mittelstandsvereinsung in Königreich Sachsen in Nr. 6 d. J. erschien ein Artikel mit der Ueberschrift „Gewerbliche Genossenschaften und Konsumgenossenschaften“. Wie die Ueberschrift vermuten läßt, wird versucht, beide Genossenschaftsgattungen einander gegenüberzustellen, um die Konsumvereine als menschenfeindlich, unsozial und kulturmörderisch zu brandmarken, im Gegensatz zu den gewerblichen Genossenschaften. Wir glauben nicht, daß durch solch einen Artikel der Sache der gewerblichen Genossenschaften gedient wird, um so mehr, als bei Verteidigung der gewerblichen Genossenschaften der Unterton durchklingt, daß man auch diese nicht rückhaltlos empfehlen und fördern könne.

Gegenüber der Tatsache, daß die Konzentration des Kapitals immer mehr zunimmt, ferner, daß alle vom Handwert verarbeiteten Rohstoffe zum Zwecke der Erzielung von Monopolpreisen syndiziert sind, mit der Wirkung, daß sich die Produzenten eines festgesetzten und rücksichtslos arbeitenden Ringe der Fabrikanten und Händler gegenüber befinden, ferner, daß alle übrigen Berufsstände zum Zwecke der Erreichung wirtschaftlicher und politischer Ziele organisiert sind, müßen die Verlegungen von „auf eigenen Füßen stehen“ mindestens wolle fremd an. Nicht um den besten Teil der wirtschaftlichen Selbstständigkeit aufzugeben, braucht der selbständige Gewerbetreibende heute die Genossenschaft, sondern zu dem Zweck, um den wertvollsten Teil der Selbstständigkeit zu erhalten. Welche Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse liegt in der Behauptung, daß jede Genossenschaft eine „Hemmung der Freiheit des Individuums“ u. s. w. bedeute. Soll denn diese merkwürdige Auffassung auch für die Kreditgenossenschaften gelten? Wird etwa der selbständige Gewerbetreibende dadurch gehemmt und die Freiheit des Individuums eingeschränkt, wenn man ihm in einer seinen besonderen Verhältnissen entsprechenden Organisation Personalcredit vermittelt?

Diele Zerpflegung der beliebtesten Argumente im Kampfe gegen die Konsumvereine wird freilich die Mittelstandsretter nicht hindern, ihren alten Schwanz weiter anzubringen, denn das Segel ist ihnen schon bei früheren Gelegenheiten oft genug vorgehalten worden. Die Herren vergessen ganz, daß sie durch ihr blindwütiges Draufloschlagen den Genossenschaftsgedanken überhaupt schwer schädigen. Wirklich eine merkwürdige Art der Mittelstandsrettung!

Der Verein für Volksunterhaltungen in Berlin hat soeben sein Programm für die Saison 1913-14 verhandelt. Dasselbe bietet, wie in den früheren Jahren, eine Fülle von Unterhaltungsmaterial, das sich durch Reichhaltigkeit, Gediegenheit und Abwechslung auszeichnet. Bei der Beliebtheit, der sich die Veranstaltungen des Vereins für Volksunterhaltungen in den Kreisen der Berliner Kollegen erfreuen, werden wir, wie das auch bisher geschehen ist, allwöchentlich darauf hinweisen. Gleichzeitig veröffentlichen wir nachfolgend die Billeterverkaufsstellen des

